

6 Fragestunde

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Es ist jetzt 12.27 Uhr und ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner.

Beginn Fragestunde: 12.18 Uhr.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.27 Uhr).

6.1 Frage 1: Veröffentlichung aller Studien (GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen Gemeinderät:innen, verehrtes Publikum auf der Galerie, verehrte Verwaltung, sehr geehrte Zuseher:innen an den TV-Endgeräten via Livestream. Meine Frage an die Frau Bürgermeisterin ergeht im Zusammenhang mit einem dringlichen Antrag, den ich im Februar gestellt habe, dieses Jahres, und der damals einstimmig angenommen wurde zu meiner sehr, sehr großen Freude. Und da hat sich der Gemeinderat einstimmig zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen bekannt.

Daraufhin wurde eine Arbeitsgruppe „Transparenz“ eingerichtet und sollte erarbeiten eine geeignete Form der Zurverfügungstellung von Studien samt den zugehörigen Aufgabenstellungen und ähnlichen Dokumenten die im Auftrag der Stadt Graz oder auch ihrer wesentlichen Beteiligungen erstellt wurden. Und in weiterer Folge soll darauf aufbauend auch eine Datenbank aufgebaut werden im Bereich Open-Government-Data. Nun ist die Richtlinie in Ihrer Fragebeantwortung, diese Richtlinie ist zurzeit in Überarbeitung, wird gerade erstellt und noch einmal überarbeitet und soll

mit nächstem Jahresanfang in Kraft treten. Und jetzt gibt es aber zwei unlängst erschienene Studien für die diese Richtlinie dann zu spät kommen wird. Und das ist die ÖV-Studie über den öffentlichen Verkehr, Schienennetz für einen klimafreundlichen steirischen Zentralraum und die Studie zur sozialen Lage Graz, die sind bis heute in ihrem vollen Umfang nicht veröffentlicht und daher für die Grazer Bürgerinnen Bürger noch nicht einsehbar und daher stelle ich an Sie, gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, die

Frage:

Warum werden Studien, die von der Stadt Graz beauftragt wurden und die ihrer Politik zugrunde liegen, nach wie vor nicht in vollem Umfang und für die Grazer Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich veröffentlicht (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

In der Gemeinderatssitzung am 17. Februar 2022 bekannte sich der Gemeinderat der Stadt Graz einstimmig zu einem grundsätzlich freien und kostenlosen Zugang zu Informationen. Die Arbeitsgruppe „Transparenz“ wurde damals mit der Erarbeitung einer geeigneten Form der Zurverfügungstellung von Studien samt den zugehörigen Aufgabenstellungen und ähnlichen Dokumenten, die im Auftrag der Stadt Graz oder ihrer wesentlichen Beteiligungen erstellt werden, beauftragt. In weiterer Folge sollte nach Einholung einer Expertise aus dem Bereich Open Government Data eine entsprechende Datenbank aufgebaut werden.

Als Antragsteller des - dem Bekenntnis zum grundsätzlich freien und kostenlosen Zugangs zu Informationen und der Beauftragung der Arbeitsgruppe „Transparenz“ zur Erarbeitung einer geeigneten Form der Zurverfügungstellung von Studien – zugrundeliegenden dringlichen Antrags, bekam ich am 27. September 2022 von Ihnen

mitgeteilt, dass mit Jahresbeginn 2023 eine Richtlinie zur Veröffentlichung von Studien des Hauses Graz in Kraft treten wird.

Zumindest für zwei unlängst erschienen Studien, kommt diese Richtlinie leider zu spät. Denn sowohl die ÖV-Studie "Schienennetz für einen klimafreundlichen steirischen Zentralraum"¹ als auch die "Studie zur sozialen Lage in Graz"² sind in ihrem vollen Umfang bis heute nicht veröffentlicht bzw. nicht für die Grazer Bürgerinnen und Bürger in ihrem vollen Umfang leicht zugänglich gemacht worden.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat die

Frage:

Warum werden Studien, die von der Stadt Graz beauftragt wurden und die ihrer Politik zugrunde liegen, nach wie vor nicht in vollem Umfang und für die Grazer Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich veröffentlicht?

1. <https://www.graz.at/cms/beitrag/10400274/8114508/>
2. <https://www.graz.at/cms/beitrag/10401486/8114224/>

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Ich kann Ihnen eine gute Nachricht sagen. Erstens, die Präsidialabteilung ist auch im Auftrag von der Magistratsdirektion damit beauftragt, zum Thema Veröffentlichung von Studien einen Präsidialerlass gerade vorzubereiten. Anlass dafür ist, wie Sie wissen, die neue Bestimmung im Art. 20 Abs. 5 des Bundesverfassungsgesetzes, die ja 28. Juli dieses Jahres veröffentlicht wurde. Diese Bestimmung lautet in Art. 20 ganz konkret: Alle mit Aufgaben der Bundes-, Landes- und Gemeindeverwaltung betrauten Organe haben Studien, Gutachten und Umfragen, die sie in Auftrag gegeben haben, samt deren Kosten in einer für jedermann

zugänglichen Art und Weise zu veröffentlichen. So lange und so weit eine Geheimhaltung nicht gemäß § 3 geboten ist. Für den Magistrat ist deshalb ein eigener Bereich der Webseite graz.at genau vorgesehen dafür, auf welchem die Studien, Gutachten und Umfragen, die unter diese Bestimmung fallen, von der Magistratsabteilung zentral veröffentlicht werden. Und der für den Magistrat Graz vorgesehene Erlass ist aktuell in Ausarbeitung, wie gesagt, und wird gleichzeitig mit Inkrafttreten der Bestimmung des Art. 20 mit 1. Jänner 2023 in Kraft treten (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Dankeschön. Ich hätte eine Nachfrage, weil es ja genau um diese zwei eben noch nicht veröffentlichten Studien geht. Auf die Veröffentlichung dieser hat, meiner Meinung nach, die Bürgerschaft Graz schon ein Anrecht. Daher meine Nachfrage, werden Sie sich dafür einsetzen, dass nach Inkrafttreten der Richtlinien zur Veröffentlichung von Studien des Hauses Graz auch alle Studien rückwirkend veröffentlicht werden, die seit Ihrer Angelobung erstellt wurden (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Das kann man gerne machen, wie gesagt, sofern sie unter diese Bestimmungen, die ich gerade vorhin genannt haben, fallen. Anmerken möchte ich, dass Berichte, Studien die Holding betreffend nicht davon umfasst sind, wenn sie nicht ausdrücklich vom Magistrat selbst in Auftrag gegeben worden sind (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.33 Uhr).

**6.2 Frage 2: Geplanter S-Bahn-Tunnel in der Landeshauptstadt: Gibt es bereits finanzielle Zusagen?
(GR Günter Wagner, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher. In meiner Frage heute geht es eben um den S-Bahn-Tunnel oder besser gesagt um die Finanzierung dafür. Im Mai 2022 haben Sie ja gemeinsam mit der Bürgermeisterin verlautbart, dass gegen Ende des Jahres ein konkretes Konzept vorliegen wird für den S-Bahn-Tunnel und dann eben, dass die Politik mit Land und Bund in Verhandlung treten kann, wie es mit der Finanzierung aussieht. Sie haben damals auch schon hervorgehoben, Graz alleine wird es nicht stemmen können, egal welches System hier zum Zug kommt, wird Graz das niemals alleine finanzieren können – so weit, so logisch. Grundsätzlich ist ja auch die Systemfrage dann noch zu klären, da hat jeder ein bisschen andere Präferenzen. Eines scheint ja doch schon geschehen zu sein, der Tunnel hat sich dem Budget schon ein bisschen angepasst, vom langen S-Bahn-Tunnel waren wir dann beim kurzen, beim noch kürzeren. Es schaut jetzt eher nach einer Brücke über den Gleiskörper aus, aber wenn wir selber zahlen müssen, dann wird es wohl eher Stehleitern werden mit einem Baupfosten darüber, mehr wird sich da wahrscheinlich leider nicht ausgehen, und das ist natürlich sehr schade. Sehr schade ist auch, dass es offenbar die übergeordneten Ebenen nicht ganz so eilig haben, das dunkelrot-grün-rote Prestigeprojekte voranzutreiben. Zum anderen, wo jetzt am Dienstag der Budgetlandtag, zum anderen gibt es einen Bericht der Kleinen Zeitung vom 7. Dezember, wo dann hervorgeht, dass lediglich 40.000 Euro seitens des Landes hier für das Budgetjahr 2023 budgetiert sind und vorgesehen sind. Und wie weit die Planung beziehungsweise Budgetierung auf Bundesebene hier fortgeschritten ist, entzieht sich auch meiner Kenntnisse. Und dass Sie bereits richtigerweise angemerkt haben, dass ohne massiven Mitteleinsatz, eben von Land und Bund, das schlecht aussieht, ohne Geld halt leider auch keine Musi, stelle ich folgende

Frage:

Wie hoch sind die derzeit verbindlich zugesagten Mittel seitens des Landes Steiermark sowie seitens der Bundesregierung konkret?

Originaltext der Frage:

Im Mai 2022 verkündeten Sie gemeinsam mit Bürgermeisterin Elke Kahr, dass bis Jahresende ein konkretes Konzept für den präsentierten S-Bahn-Tunnel in der Landeshauptstadt vorliegen würde, damit die Politik im Anschluss in Verhandlungen mit Land und Bund eintreten könne. Sie strichen damals hervor, dass egal welches System am Ende den Vorzug bekommen würde, die Stadt Graz würde es niemals alleine finanzieren können – so weit, so logisch.

Allzu eilig dürfte man es seitens der übergeordneten Ebenen jedoch nicht mit der Umsetzung des dunkelrot-grün-roten Prestigeprojektes haben. Anstatt die Ärmel hochzukrempeln und an die Tat zu schreiten, ist einem aktuellen Bericht der „Kleinen Zeitung“ vom 7. Dezember 2022 zu entnehmen, dass beispielsweise das Land Steiermark lediglich 40.000 Euro in Zusammenhang mit dem S-Bahn-Tunnel für das gesamte Budgetjahr 2023 vorgesehen hat. Wie weit Planungen bzw. Budgetierungen auf Bundesebene fortgeschritten sind, entzieht sich der Kenntnis des Anfragestellers gänzlich. Da Sie ja bereits richtigerweise angemerkt haben, dass ohne einen massiven Mitteleinsatz seitens des Landes und des Bundes eine Umsetzung nicht möglich sein wird, bleibt daher fraglich, woher die benötigten Gelder für die nächsten Schritte genau kommen werden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, nachstehende

Anfrage:

Wie hoch sind die derzeit verbindlich zugesagten Mittel seitens des Landes Steiermark sowie seitens der Bundesregierung konkret?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Dankeschön, das gibt mir die Gelegenheit, einige Dinge klarzustellen. Sie haben ja schon auch jetzt in Ihren Ausführungen erwähnt, es wurde sehr lange, noch vor unserer Zeit, noch länger vor unserer Zeit, aber im letzten Jahr, sehr intensiv an einem konkreteren Projekt oder sozusagen an einer konkreteren Version der künftigen Beschaffenheit des öffentlichen Verkehrs in Graz gearbeitet. Begonnen haben wir mit dem Ende der Öffentlichen-Verkehrs-Studie, wo wir ja, alle Fraktionen, nach jahrelangem Hin und Her uns darauf geeinigt haben, dass wir Experten dazuziehen, dass es hier zu einem Bericht dann gekommen ist. Den haben wir präsentiert vor ungefähr einem Jahr oder vor einem dreiviertelten Jahr. Dazu kam natürlich die noch längst erwartete Studie vom Herrn Hüsler, das war ungefähr vor einem Monat, das in enger Abstimmung mit dem Land, deswegen ist ja auch die Studie leider noch nicht öffentlich. Also um noch einmal auf das Thema von davor zurückzukommen, weil das Land noch einige Dinge miteinander. Also auch schon hier enge Abstimmung mit dem Land Steiermark, was die Zukunft betrifft. Natürlich geht es in dem Zusammenhang jetzt einmal in erster Linie, und Sie haben es auch schon gesagt das Wort, um eine Systementscheidung. Diese Systementscheidung ist leider jahrelang nicht gefallen, jetzt ist sie in die Wege geleitet. Und dass von einer Systementscheidung bis zu einem Grundsatzbeschluss, an dem wir jetzt arbeiten aufgrund der vorliegenden Experten-Studien, braucht es einmal eine Zeit, weil da sehr viele Überlegungen angestellt werden müssen, mit sehr vielen unterschiedlichen Beteiligten, nicht zuletzt federführend von der Verkehrsabteilung der Stadt Graz. Wenn wir den Grundsatzbeschluss haben, den wollen wir im Jänner einbringen, eben aufgrund sozusagen der Verzögerung der Veröffentlichung der Hüsler-Studie, dann werden sozusagen weitere Schritte kommen. Und ich möchte darauf hinweisen, dass zu einem Zeitpunkt, wo es noch keine Planung gibt, es unmöglich ist, eine finanzielle

Zusicherung zu haben. Das wäre ja absurd geradezu. Also wir sind in den ersten Schritten, endlich ein Verkehrskonzept auf Schiene zu bringen mit der Systementscheidung, mit intensiven Gesprächen mit Bund und Land. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass seit einem Jahr wesentliche Ausbauschritte erfolgen. Demnächst im Frühling kommt die Innenstadt-Entlastung, zumindest im Beginn. Wir bauen die zweigleisige Linie 5, wir haben die Linie 1 zweigleisig, wir warten da auf die 15a-Vereinbarung, die sehr zuversichtlich im nächsten Jahr kommen wird. Da hat es juristische Unstimmigkeit beziehungsweise Probleme gegeben, was 15a-Vereinbarungen anbelangt, da muss nachgeschärft werden. Wesentliche Projekte laufen. Ich möchte auch erwähnen, was da passiert die ganze Zeit, um da auch ein bisschen Transparenz zu geben: intensivste Beschäftigung mit dem, mit der GKB, zweigleisigen Ausbau und Elektrifizierung, damit einhergehend viele Unterführungen, die in Planung sind, Nahverkehrsnoten, die in zukünftigen Rahmenplänen verankert werden müssen. Also es passiert jetzt Stück für Stück eine ÖVS, also eine öffentliche Verkehrsstrategie. Und wir sind am Beginn dieses Prozesses. Vielleicht eines noch dazu, was mir wichtig ist, der Grundsatzbeschluss, der kommt, der ist für uns die Basis und deswegen ist es so wichtig, dass wir das gemeinsam diskutieren. Und ich bin sehr froh, dass wir gemeinsam, alle Parteien, diese Studie damals in Auftrag gegeben haben, weil sie die Basis dafür ist, weil nur gemeinsam können wir in Gespräche mit Bund und Land gehen und da sozusagen als einstimmige Willensbekundung der Stadt Graz diese Gespräche führen. Das bedarf eines großen gemeinsamen Bestrebens und einer Unterstützung von allen, weil da geht es wirklich um große Infrastrukturprojekte (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Ich sage einmal danke für die ausführliche Beantwortung. Das heißt aber Punktum über diese 40.000 Euro hinaus ist einmal momentan nichts verbindlich zugesagt. Das nehme ich einmal so klarerweise zur Kenntnis. Aber Sie haben auch ins Treffen geführt die Planung, die wird natürlich auch etwas kosten und die wird ein nächstes Jahr

stattfinden müssen. Von welchen Kosten reden wir, und wird das dann die Stadt Graz alleine tragen müssen oder ist hier mit Land und Bund zu rechnen oder gibt es hier eine konkrete Zusage, dass die sich da beteiligen werden?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Noch einmal, also wir machen Schritt für Schritt. Wir planen dann, wenn wir planen, und wir entscheiden zuerst, wohin wir gehen. Und deswegen zuerst einmal die Vorhabensentscheidung, eine Systementscheidung, auf der dann der Grundsatzbeschluss aufbaut. Sie alle haben die Gelegenheit, im nächsten Ausschuss auch im Jänner diesen Grundsatzbeschluss gemeinsam mit uns zu diskutieren. Wir führen gerne, und das machen wir auch schon mit einzelnen Fraktionen, intensive Gespräche, wenn es da noch zusätzliche Fragen gibt und das Angebot besteht und steht für alle da. Wenn wir diese Grundsatzentscheidung haben, dann gehen wir in Planungen, dann geben wir Ihnen gerne darüber Auskunft, wie weitere Planungsschritte ausschauen und weitere Finanzierungsschritte in Bezug auf die Planung (*Appl.*).

6.3 Frage 3: Stadtentwicklung im „Univiertel“ (GR Ing. Lohr, parteilos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Ein Schreiben der Bürgerinitiative Lebensraum Univiertel ging am 24. November an Frau Bürgermeister Kahr, Frau Vizebürgermeister Schwentner sowie an alle Gemeinderäte der Stadt Graz. Inhalt sind sieben Forderungen der ansässigen Bewohner, die ausgelöst durch die Auflage des Bebauungsplans 03.25.0 im Bezirk erhoben werden. Die Anwohner weisen die Stadtpolitik darauf hin, dass sie von zwei weiteren Projekten in

ihrer Wohnqualität betroffen sein werden: die Vorplanungen für das Center of Physics in der Harrachgasse und einer Begegnungszone Zinzendorfgasse, die bereits schon veröffentlicht und diskutiert werden. Die Anliegen der Initiative reichen von Sicherheitsanliegen, Müllentsorgung und Lärmschutz in den Nachtstunden bis zu stadtplanerischen Aufgaben wie Bürgerbeteiligung, Sicherstellung von Kfz-Parkplätzen und Fahrradabstellplätzen sowie die Situierung von Bushaltestellen. Im Kern sind das wesentliche Aufgaben der Stadtentwicklung. Daher ergeht an Sie, Frau Vizebürgermeister, die

Anfrage:

Bei welchen der sieben Anliegen der Bürgerinitiative Lebensraum Univiertel werden Sie die Umsetzung prüfen lassen?

Originaltext der Frage:

Ein Schreiben der „Bürgerinitiative Lebensraum Univiertel“ ging am 24. November an Frau Bürgermeister Kahr, Frau Vizebürgermeister Schwentner sowie an alle Gemeinderäte der Stadt Graz. Inhalt sind 7 Forderungen der ansässigen Bewohner, die ausgelöst durch die Auflage des Bebauungsplans 03.25.0, erhoben werden. Die Anwohner weisen die Stadtpolitik darauf hin, dass sie von zwei weiteren Projekten in ihrer Wohnqualität betroffen sein werden: die Vorplanungen für das „Center of Physics“ in der Harrachgasse und einer „Begegnungszone Zinzendorfgasse“, die bereits schon veröffentlicht sind und diskutiert werden.

Die Anliegen der Initiative reichen von Sicherheitsanliegen, Müllentsorgung und Lärmschutz in den Nachtstunden bis zu stadtplanerischen Aufgaben wie Bürgerbeteiligung, Sicherstellung von KFZ-Parkplätzen und Fahrradabstellplätzen, sowie die Situierung von Bushaltestellen. Im Kern sind das wesentlichen Aufgaben der Stadtentwicklung.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende

Anfrage:

Bei welchen der sieben Anliegen der „Bürgerinitiative Lebensraum Univiertel“ werden Sie die Umsetzung prüfen lassen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Werter Herr Gemeinderat, natürlich bei allen, wir sind intensiv mit der Bürgerinitiative, mit den Anrainerinnen und Anrainern in der Zinzendorfsgasse in Kontakt, mehrfach zum einen in Bezug auf den Bebauungsplan. Wie Sie alle hier wissen, haben wir den Bebauungsplan in der vorliegenden Form abgesetzt aufgrund der vielen Rückmeldungen, die wir sehr ernst genommen haben, denen wir beigepflichtet haben und deswegen das ganze neu auflegen werden. Zum Zweiten waren wir in intensivem Kontakt in Bezug auf die Zinzendorfsgasse. Sie haben es erwähnt, es hat mehrere Veranstaltungen gegeben, unterschiedlichen Formate, gemeinsam durchgeführt mit dem StadtLABOR. Begonnen hat das Ganze mit einer Veranstaltung auf der Universität, wo sämtliche Anrainer:innen, aber auch andere Interessierte da waren und gemeinsam mit uns darüber diskutiert haben, wie die Zinzendorfsgasse sich gestalten wird. Das war dann über einen längeren Prozess unter Beteiligung von Gewerbetreibenden, wo jeder wirklich Wünsche deponieren hat können, über Schüler:innen aus anliegenden Schulen bis eben zu den Anmerkungen der Anrainer:innen ein Prozess, der jetzt mit einer Abschlussveranstaltung auf der Uni diese Woche geendet hat, das war ein Musterbeispiel an Bürger:innenbeteiligung, kann man sagen. Und es waren sämtliche Überlegungen und Anregungen der von Ihnen erwähnten Initiative natürlich Gegenstand der Diskussionen. Wir haben auch ein sehr langes Antwortschreiben zu all dem, was wir direkt in der Veranstaltung nicht beantworten konnten, aufgesetzt. Ich weiß nicht genau, ob es schon ausgeschickt worden ist, aber das ist eben schon erfolgt oder erfolgt eben durch die entsprechende Abteilung der Stadtplanung, die am

meisten beschäftigt waren mit den Themen. Vielleicht zu den Fragen noch, natürlich, Sie sprechen drei verschiedene Planungsprojekte an, die in den Bereich Stadtplanung und Verkehrsplanung fallen, zwei Projekte sind im Gemeinderat wohlbekannt, eines nicht so genau, weil das Center of Physics keine Planung oder Vorhaben der Stadt ist, sondern eben der Bundesimmobiliengesellschaft, aber natürlich alles das, wo es um den öffentlichen Raum geht, wo es um eine Veränderung der Verkehrssituation, der Situation vor Ort geht, passiert es in Abstimmung mit unseren Abteilungen, da allen voran Stadtplanung und Verkehrsplanung, da werden alle diese Dinge, die in dem Schreiben vorkommen, berücksichtigt beziehungsweise auch beantwortet. Es ist vielleicht zu Frage drei, nur für die, die zuhören und das nicht kennen, begleitende Überwachungsmaßnahmen, wir haben einen Beteiligungsprozess gehabt, wir haben mit den Bewohner:innen gesprochen, mit den Gewerbetreibenden, und auch eine Diskussion, an dem Tag ist etwas besonders Spannendes gefallen, nämlich die Leechkirche der KHG Hochschuleseelsorge, der da war und auch die Leechkirche verantwortet, und vor allem auch das Gebiet rundherum, die haben zum Beispiel sämtliche Zäune abgebaut und eine große Wiesen- und Rasenfläche gemacht und haben festgestellt, dass es durch die Ermöglichung der Zugänglichkeit des öffentlichen Raums dort weniger Vandalenakte passieren und weniger Zwischenfälle als davor. Also es gibt andere Formen der Deeskalation als wie von Ihnen, Überwachung und Restriktionen herbeizuführen. Und genau auf das setzen wir dort. Wir werden auch das Projekt Zinzendorfsgasse weiter evaluieren. Also wir nehmen jetzt erste Planungsschritte vor und werden dann wieder in Kontakt treten mit den Bewohner:innen und schauen, wie ist das alles gelaufen, wie entwickelt sich das und wo können wir verbessern. Also wir machen das nach und nach und sind permanent vor Ort in Kontakt (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Ja, zuerst einmal danke für die Antwort. Dass Sie eben in Kontakt stehen mit der Bürgerinitiative, das freut mich. Ich hoffe, dass Sie die dann auch weiter begleiten und ihre Sorgen und Nöte sohin weiter aufnehmen. Wir haben gehört, das ist die Müllproblematik, Lärm ist natürlich immer ein Thema, wo dann eben Gastro ist oder wo viele junge Leute zusammenkommen. Die Neuauflage des Bebauungsplans haben Sie erwähnt, die begrüße ich auch. Jetzt habe ich allerdings in den Medien gelesen, weil wir jetzt zur grünen Zinzendorfgasse kommen, da soll einmal die Planung 400.000 Euro kosten. Ja, ist in Zeiten der Budgetnot viel Geld, vor allem mit dem Ergebnis, dass dort von 50 Autoparkplätzen nur mehr 13 überbleiben sollen. Das ist in einer Gasse mit sehr vielen Geschäften und Anwohnern natürlich eine gefährliche Drohung. Das heißt, wir haben nicht nur die Budgetnot, sondern Sie lösen dort dann wahrscheinlich eine Parkplatznot aus und aufgrund der fortschreitenden Bebauungspläne, dass dort ja mehr Parkplatznachfrage sein wird, ergeht die Frage: Wie werden Sie die Parkplatznot im Univiertel, wie werden Sie dieser entgegenwirken?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Also der Reihe nach, nicht die Planung kostet 400.000 Euro, sondern die Umsetzung. Das ist, jeder, der weiß, wenn man einen so großen Straßenzug umsetzt und neu gestaltet, das ist der Wunsch seit Jahren, dass diese Straße verändert wird, dass die verkehrsberuhigt wird, dass man eine schöne Fortsetzung vom Sonnenfelsplatz macht. Wie gesagt, unter Beteiligung von vielen, und die Mehrheit auch in Abstimmung bei den jeweiligen Veranstaltungen war am Schluss zum Beispiel 80 % der anwesenden Menschen, alle waren eingeladen, also jeder konnte sich zu Wort melden kritisch, negativ und positiv. Aber 80 % haben diesem Projekt zugestimmt. Deswegen gehen wir den Wünschen der Mehrheit nach. Und das ist eben die Gestaltung der Begegnungszone der grünen Meilen. Zinzendorfgasse in der Umsetzung, also nicht in der Planung. Die Gelder, die kommen, sind keine frischen Gelder, sondern sie sind aus unterschiedlichsten Projekten übriggeblieben. Die können wir umwidmen und

verwenden wir eben für ein für ein Projekt, das seit Jahren Anliegen der Bevölkerung ist. Zu den Parkplätzen, auch da sind wir in permanenter Evaluierung, die Verkehrsplanung, das Straßenamt und das GPS, wir untersuchen die Auslastung der Zonen. Wir konnten feststellen, im Herbst 2021 haben wir eine Stellplatzanalyse durchgeführt und es entspricht sozusagen dem, dass im Quartier noch genügend Stellplätze vorhanden sind. Nicht immer vor der eigenen Haustür, aber dafür wird vor der eigenen Haustür die Lebensqualität massiv verbessert, nämlich im Sinn von Sitzgelegenheiten mit Bäumen und Wasser. Und ich bin überzeugt davon, dass das alle schätzen werden, wenn sie im Sommer dann durch die Zinzendorfgasse gehen und nicht verglühen wie eine Eierspeise dort am Boden, sondern sich in einem kühlen Raum fortbewegen können. Und auf das setzte ich, und auf das freue ich mich. Und ich hoffe, die vielen Bewohner:innen und die, die durchgehen, auch. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Danke vielmals. Herr Stadtrat Hohensinner hat mir gerade gesagt, dass wir auch liebe Gäste bei uns hier haben, und zwar vom Seniorenbund. Ich darf Sie recht herzlich begrüßen bei unserer Gemeinderatssitzung. Nächste Frage, Herr Gemeinderat Phillip Ulrich stellt eine Frage an Herrn Stadtrat Günter Riegler.

6.4 Frage 4: Barrierefreie Weihnachtsmärkte (GR Ulrich, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Ulrich:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und im Livestream. Zuerst einmal ganz kurz was vorneweg, wie viele Grazer oder beziehungsweise eh fast alle Steirer, hat es in den letzten Tagen gesundheitlich ein bisschen erwischt? Darum

bitte ich ein bisschen um Rücksichtnahme, falls sich ein Frosch im Hals kurz durchsetzt. So, lieber Herr Stadtrat, lieber Günter, der Advent wird als Zeit der Besinnlichkeit, der Vorfreude auf Weihnachten und als gesellschaftliches Miteinander wahrgenommen. Und gerade deshalb freuen sich auch viele Menschen oder beziehungsweise Weihnachtsmärkte großer Beliebtheit, und Graz hat ja da wirklich ein reichhaltiges Angebot zum Flanieren. Was für uns ein unkomplizierter Spaziergang ist, ist für Menschen mit Behinderung oftmals ein großes Problem, gerade bei diesem Standltreiben. Weil gerade Menschen im Rollstuhl, die das Angebot des Weihnachtsmarktes nämlich ebenfalls sehr gerne wahrnehmen, klagen über die Unwegsamkeit der Plätze und über die Beschaffenheit der Marktstände selbst. Weil aufgrund der Höhe der Tresen, und oft sind die ja nicht nur sehr hoch, sondern da sind ja auch sehr viele Produkte, Güter, die da verkauft werden, dann noch einmal höher angeordnet, dass man kaum die Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer wahrnimmt, selbst wenn sie ganz vorne in sogenannter Pole-Position stehen. Und wenn sie dann doch einmal so ein Getränk ergattert haben, einen Tee, einen Glühwein oder auch einen Weihnachtskuchen, sind sie vor die hohe Tatsache gestellt, dass diese Tische zum Abstellen in einer unglaublich hohen Höhe sind. Und wir haben natürlich alle, auch du, lieber Günter, hast natürlich ein großes Interesse dran, dass alle Menschen dasselbe Erlebnis am Weihnachtsmarkt haben, und zwar ein schönes. Und dafür benötigen wir heute barrierefreie Konzepte, Sensibilität und vielfältigere Konstruktionen als bisher. Darum, lieber Stadtrat, stelle ich die

Frage:

Bist du bereit, mit dem Grazer City-Management unter Einbindung des Behindertenbeirats die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung auf den Grazer Weihnachtsmärkten ab dem Advent 2023 zu verbessern? Vielen Dank (*Appl.*).

Originaltext der Frage:

Der Advent wird als Zeit der Besinnlichkeit, der Vorfreude auf Weihnachten und des gesellschaftlichen Miteinanders wahrgenommen und gerade deshalb erfreuen sich auch die Weihnachtsmärkte großer Beliebtheit. In Graz gibt es ein reichhaltiges Angebot zum weihnachtlichen Flanieren, das sehr gut angenommen wird.

Was für die einen ein unkomplizierter Spaziergang durch die große Menschenmenge ist, stellt Menschen mit Behinderung oftmals vor Probleme, welche die vorweihnachtliche Freude am „Standl“ trüben können.

Menschen im Rollstuhl, die das Angebot des Weihnachtsmarktes ebenfalls gerne wahrnehmen, klagen neben der Unwegsamkeit der Plätze, vor allem über die Beschaffenheit der Marktstände selbst. Auf Grund der Höhe der Tresen, werden Rollstuhlfahrer:innen von den Verkäufer:innen schnell mal übersehen, selbst bzw. vor allem wenn sie sich direkt in „Pole Position“ befinden.

Haben sie dann doch eines der beliebten Heißgetränke ergattert, werden sie vor viel zu hohe Tische gestellt. Die Tische, die zum Abstellen der Getränke bereitgestellt werden, sind für Menschen im Rollstuhl nämlich kaum erreichbar. Auch hier kann schnell der Frust gegenüber der Weihnachtsstimmung überwiegen.

Natürlich haben wir ein besonderes Interesse daran, jedem Menschen dasselbe Erlebnis am Weihnachtsmarkt zu ermöglichen. Dafür benötigen wir jedoch barrierefreie Konzepte, Sensibilität und vielfältigere Konstruktionen als bisher.

Frage:

Sind Sie bereit, mit dem Grazer City Management unter Einbindung des Behindertenbeirates die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung auf den Grazer Weihnachtsmärkten ab dem Advent 2023 zu verbessern?

StR Dr. **Riegler**:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philipp, das ist wirklich eine tolle Frage. Die gibt mir sozusagen in der Vorweihnachtszeit Gelegenheit, dass wir beide, lieber Philipp, du und ich, gemeinsam zum Weihnachtsmann, zum Herrn Eber, gehen, der ja gleich neben dir sitzt und auch mit einer passend roten Krawatte ausgestattet ist als Weihnachtsmann, denn dann können wir gleich wegen der benötigten Geldmittel mit dem Manfred Eber reden. Denn ich habe Anfang Dezember, am 7. Dezember konkret, in meiner Funktion als für das City-Management und damit für die Adventmärkte zuständiges Regierungsmitglied der Finanzdirektion einen Brief geschrieben, in dem ich gebeten habe darum, dass man wegen der stark gestiegenen Kosten von Energiekosten bis Papierkosten etc. und auch eben für ein Barrierefreiheits- und Inklusionsmaßnahmenpaket zusätzliche 350.000 Euro im nächsten Jahr freizugeben für das City Management. Wie du vielleicht weißt, ist es nämlich so, dass ja das City-Management in der Holding Graz angesiedelt ist und im Auftrag von mir als Wirtschafts- und Tourismusreferent zum Beispiel diesen Adventmarkt checkt, und da fehlt tatsächlich das Geld. Ich habe also am 7. Dezember, wie gesagt, dieses Briefchen geschrieben über 350.000 Euro, und ich warte da noch auf eine Antwort. Und vielleicht kann uns ja der Manfred, gemeinsam mit dem Herrn Müller, der sozusagen dann das Christkind darstellt als frischgebackener Finanzdirektor, dass die beiden vielleicht da helfen können. Inhaltlich ist es natürlich so, dass die Verena Hölzlsauer, die jetzt eben das City-Management über hat, schon zahlreiche Maßnahmen umgesetzt hat. Wir haben adäquate Überbrückung von hinderlichen Kabeln und Versorgungsleitungen, wir haben ausreichend breite befestigte und stufenfreie Zugänge, wir haben die Installation einer Rampe vorgenommen am Eisernen Tor bei der Mariensäule, inklusive rutschfester Matte, damit man eben auch mit dem Rollstuhl raufkommt, barrierefreie Toilettenzugänge am Hauptplatz und an den anderen Marktstandorten und wir sensibilisieren auch laufend die Mitarbeiter:innen an den Verkaufsständen, die jederzeit hilfsbereit sind. Allerdings, und das sage ich jedem, hat sich die Verena Hölzlsauer und habe ich mir natürlich zum Ziel gesetzt, die Barrierefreiheit noch weiter zu verbessern. Da gibt es eben, wie gesagt, ein Maßnahmenpaket, das wir derzeit

gerade ausarbeiten, da verweise ich auch an den Kollegen Hohensinner, der neben mir sitzt, immer mit an Bord, wenn es darum geht, sinnvolle Maßnahmen durchzuführen und vorzuschlagen. Und letzten Endes scheitert es also, wenn überhaupt, nur am Geld und daher bin ich recht zuversichtlich aufgrund deiner Frage, lieber Philipp, dass wir da gemeinsam das Herz erreichen vom Finanzreferenten, trotz schwieriger Zeit, dass wir da eben eine zusätzliche finanzielle Bedeckung bekommen (*Appl.*).

GR Ulrich:

Vielen Dank für die lieben Ausführungen. Ich selber war mit Frau und Kind am Wochenende in Ljubljana und habe dort gesehen, die haben dort zum Beispiel bei den Ständen solche Spiegel eingeführt, dass die Ständebetreiber einen Rollstuhlfahrer sehen. Und ich habe auch gesehen, sie haben niedrigere Tische. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass die keine 350.000 Euro gekostet haben, die du da jetzt verlangst. Und da muss ich ja schon sagen, also gerade du bist ehemaliger Stadtrechnungshofchef sagst halt immer sparen, sparen, sparen. Das ist richtig, gerade in solchen Zeiten. Manchmal hat man den Eindruck, nur nicht bei dir selber, und das bringt mich halt ein bisschen zum Schmunzeln. Und das ist halt auch eine der Frage der Priorität. Und das obliegt schon dir, Günter, wo du deine Prioritäten da setzt. Aber ghupft wie ghatscht, ich stelle eine andere Zusatzfrage. Und zwar, wir machen es so, wir ziehen das Pferd von der anderen Seite auf: Bist du bereit, mit den Standbetreibern selbst zu reden und sie zu fragen, was sie bräuchten, damit die Barrierefreiheit besser gelingen würde (*Appl.*)?

StR Dr. Riegler:

Sehr gerne, also das kann ich dir auf jeden Fall zusagen, das geschieht auch laufend. Ich bin selbstverständlich in Kontakt mit den Standbetreibern, noch nicht mit allen persönlich, aber dafür haben wir eben auch eine City-Managerin. Und ja, ich bin

vollständig dazu bereit und vielleicht gehen wir gemeinsam einmal runter und erkundigen uns, ja? Gut, danke.

**6.5 Frage 5: Pflegekurse der GGZ
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

GRⁱⁿ Potzinger:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, die sie uns heute auf der Galerie die Ehre erweisen, geschätzte Damen und Herren im Livestream, lieber, sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer. Ich darf wieder einmal eine Facette des Themenbereichs Pflege beleuchten. Es geht um die Pflegekurse der GGZ. Eine großartige Innovation, ein Entgegenkommen für Damen und Herren, die pflegebedürftige Angehörige zuhause betreuen. Mobil vor stationär ist immer unser großer Leitspruch. Es ist das Beste, wenn möglichst viele möglichst lange möglichst gut zu Hause versorgt werden können. Und tatsächlich werden ja fast 80 % der Pflegebedürftigen zuhause versorgt. Manchmal auch von 24-Stunden-Betreuungen, aber sehr oft auch durch Angehörige. Wir haben diese Kurse, ich möchte das Ganze jetzt nicht herunterlesen, und die sind auch nicht extrem teuer, 63 Euro. Nur in Zeiten wie diesen, wo wirklich, das brauchen wir nicht näher ausführen, die Teuerung vielfältig die Familien trifft, meine ich, wäre es auch ein schönes Zeichen der Wertschätzung für pflegende Angehörige, wenn du trachten könntest, vielleicht aus deinen Ressortmitteln diese Gebühren hier zu erlassen den Familien, damit es dahin keine finanzielle Barriere gibt und es vor allem auch als Zeichen der Wertschätzung seitens der Stadt Graz gesehen wird. Schön, dass sie sich bemühen, ihre Angehörigen zu pflegen. Wir geben ihnen ein unterstützendes Angebot und stellen das so zur Verfügung, wie wir auch andere Angebote haben für Familien, wir verlangen ja für den Spielplatz auch keinen Eintritt, das kostet auch was,

selbstverständlich unsere Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ergeht die

Frage,

ob du bereit bist, die Pflegekurse, die in die GGZ angeboten werden, wirklich in vorbildlicher Weise aus Mitteln des Pfliegeressorts zu finanzieren und damit den Angehörigen unserer pflegebedürftigen Mitbürger zur Verfügung zu stellen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Mag. Robert Krotzer, die

Frage:

Sind Sie bereit, die von den Geriatrischen Gesundheitszentren angebotenen Pflegekurse zukünftig aus Mitteln des Pfliegeressorts zu finanzieren, um diese den Angehörigen pflegebedürftiger Grazerinnen und Grazer kostenlos zur Verfügung zu stellen?

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Sissi. Danke für die Frage, und das meine ich jetzt nicht als Standardfloskel, sondern ganz ernsthaft, danke für die Frage. Wir haben das nämlich zum Anlass genommen, die Fragestellung, auch zusammen mit den Kolleg:innen vom Sozialamt, vom Fachbereich Pflege, noch einmal anzuschauen und sind auf eine Neuerung draufgekommen, die mit 1. Jänner 2023 schlagend werden wird. Und zwar, dass das Sozialministeriumservice, dort beantragbar über die Landeseinrichtungen für pflegende Angehörige, Zuwendungen aus dem Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung geben wird, also wenn sie an

Pflegekursen teilnehmen, und zwar werden diese Förderungen bis zu 200 Euro im Jahr betragen. Und damit sind wir eigentlich schon sehr schön drinnen, du hast es eh schon angesprochen, 63 Euro kosten diese Fortbildungskurse. Ganz wichtig ist ja, dass das Standardmodul kostenlos für Grazerinnen und Grazer zur Verfügung steht, und eben dann diese weiterführenden Spezialkurse zu den Themen Demenz, Körperpflege, Bewegen und Positionieren sowie die „Sicher und fit zuhause“, dass die jeweils 63 Euro kosten, was ohnehin ja, muss ich sagen, ein durchaus ein moderater Preis ist dafür, dass man da wirklich anhand von Pflegeexpertinnen und Pflegeexperten sehr gut angeleitet wird. Aber eben, das geht sich eigentlich dann mit diesen 200 Euro, die man dann als pflegender Angehörige pro Jahr sozusagen für die Vergütung von Kursen bekommt, eigentlich sehr schön aus. Wir haben eben diese Information heute gefunden, werden uns noch einmal näher damit beschäftigen, sowohl die Kolleg:innen im Sozialamt als auch mit den Kolleg:innen vom Albert-Schweitzer-Trainingszentrum. Und was ich dir nur zusagen kann, wenn sich dann herausstellen sollte, dass da Lücken verbleiben, bin ich auf jeden Fall gerne bereit, auch zu schauen, dass wir ebenfalls für SozialCard-Besitzerinnen und -Besitzer hier auch eine gute Lösung finden. Aber wie gesagt, danke für die Frage, eben nicht als Standardfloskel, sondern war für uns auch sehr erhellend und sehr erfreulich, dass das mit 1. Jänner 2023 dann Gültigkeit hat (*Appl.*).

GRⁱⁿ Potzinger:

Danke vielmals für dieses verfrühte Christkind, wirklich ein schönes Signal. Zusatzfrage bezieht sich natürlich auch auf diesen Bereich. Wir haben das schon diskutiert, deswegen nur in aller Kürze, es geht eben um pflegende Angehörige, die es nicht allein zuhause schaffen und deswegen mobile Dienste zuziehen, wo wir ja, wie schon mehrfach besprochen, die fünf offiziellen Anbieterinnen haben in der Stadt. Wenn deren Kapazitäten aber nicht ausreichen, müssen Familien auch immer wieder auf außertourlichen Dienste zurückgreifen, und da gibt es Anbieterinnen, die das sehr wohl voll zertifiziert und qualitativvoll machen. Und ich habe natürlich jetzt inzwischen,

nachdem wir schon ein paarmal darüber gesprochen haben, recherchiert, es gibt in der Steiermark schon eine ganze Reihe von Gemeinden, von Stattegg, Kumberg, Weinitzen, Vasoldsberg, Werndorf, Hausmannstätten, Laßnitzhöhe, Gössendorf bis Feldkirchen, wo es Zuzahlungsmodelle gibt auch außerhalb dieser fünf offiziellen Anbieter, um eben den Bedarf abzudecken und für die Familien leistbar zu machen. Deswegen meine Zusatzfrage, ob du bereit bist, eben diese Vorgangsweise, die diese Gemeinden da vorbildlich vorleben, auch vielleicht einmal in einem Modellprojekt für Graz anzuschauen (*Appl.*)?

StR Mag. Krotzer:

Ganz konkret gesagt, wir sind in Verhandlungen zu einem solchen Pilotprojekt. Ich bin nur noch nicht ganz zuversichtlich, ob wir die mit dem jetzigen Verhandlungspartner zu einem positiven Abschluss führen werden. Das grundsätzliche Problem, das wir dabei natürlich haben, ist, es gibt die fünf offiziellen Träger vom Land anerkannt, damit auch im Tarifmodell des Landes und damit eben auch einen großen Vorteil, dass wir hier die Kostenteilung 60 % Land Steiermark, 40 % die jeweilige Kommune, sprich die Stadt Graz, haben. Und wir wissen natürlich, wir haben im Jahr bei den fünf anerkannten Trägern rund 3.000 Klientinnen und Klienten. Wir wissen, dass der Bedarf hier natürlich durchaus steigend ist und dass wir hier sozusagen ein sehr enges Tuning brauchen, dass wir hier nicht sozusagen Schleusen aufmachen, die dann sehr, sehr große Kosten nach sich ziehen, für die wir sozusagen freiwillig in Vorlage treten, wird man sich auf Landesseite sozusagen zurücklehnen kann und sagen kann, das macht eh die Stadt alles. Also wir sind da daran, das ist kein einfaches Unterfangen, aber die Kolleginnen und Kollegen machen sich hier enorm viele Gedanken dazu. Wir werden sehen, ob wir mit dem jetzigen Verhandlungspartner da zu einem Abschluss kommen. Wir wollen ein Pilotprojekt, aber das ist, wir haben es auch schon unter vier Augen besprochen, eine relativ heikle Materie. Aber wir werden uns im neuen Jahr, glaube ich, ist eh auch schon geplant, mit der Frau Mag. Riedler zusammensetzen, dass wir das weiter besprechen werden (*Appl.*).

**6.6 Frage 6: Abmeldung ukrainischer Schulkinder von der schulischen Tagesbetreuung
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, werte Zuseher:innen im Saal und auch am Livestream. Ich möchte eine Frage an Stadtrat Hohensinner stellen und sie betrifft die Abmeldung ukrainischer Schulkinder von der schulischen Tagesbetreuung. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine flüchten ukrainische Familien und ihre Kinder aus dem Kriegsgebiet. Auch in Graz sind sehr viele Frauen und ihre Kinder angekommen und werden von den Abteilungen der Stadt Graz umfassend dabei unterstützt, sich einen geordneten Lebensalltag aufzubauen und sich in diesen zu integrieren. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache, sie ist Grundvoraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit eine wesentliche Säule der gesellschaftlichen Integration. Die schulische Tagesbetreuung fördert die Sprachkompetenz der Schulkinder und sie ermöglicht aber auch den Müttern, Deutschkurse zu besuchen und generell ihren Alltag besser zu bewältigen. Nun haben uns Informationen erreicht, dass immer mehr Schüler:innen aus der Ukraine von schulische Tagesbetreuung abgemeldet werden, da sich die Eltern den Kostenbeitrag nicht mehr leisten können, auch wenn dieser vergleichsweise sehr gering ist. Durch die aktuellen Preissteigerungen geraten gerade Flüchtlingsfamilien sehr unter Druck. Und viele von ihnen sind in der Grundversorgung und haben noch immer keine Zusage für die Familienbeihilfe. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs die

Frage:

Wie viele Kinder wurden im heurigen Jahr von der schulischen Tagesbetreuung in der niedrigsten Beitragsgruppe abgemeldet (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine flüchten ukrainische Frauen mit ihren Kindern aus dem Kriegsgebiet. Auch in Graz sind viele Frauen und Kinder angekommen und werden von den Abteilungen der Stadt Graz umfassend dabei unterstützt, sich einen geordneten Lebensalltag aufzubauen. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei das Erlernen der deutschen Sprache. Sie ist Grundvoraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit eine wesentliche Säule der gesellschaftlichen Integration.

Die schulische Tagesbetreuung fördert die Sprachkompetenz der Schulkinder. Sie ermöglicht aber auch den Müttern, Deutschkurse zu besuchen und generell ihren Alltag besser zu bewältigen.

Nun haben uns Informationen erreicht, dass immer mehr Schüler:innen aus der Ukraine von der schulischen Tagesbetreuung abgemeldet werden, da sich die Eltern den Kostenbeitrag nicht mehr leisten können, auch wenn dieser vergleichsweise gering ist. Durch die aktuellen Preissteigerungen geraten gerade Flüchtlingsfamilien unter Druck. Viele von ihnen sind in der Grundversorgung und haben daher nur eine geringe finanzielle Unterstützung. Dazu kommt, dass die Überweisung der Familienbeihilfe, die schließlich doch zuerkannt wurde, noch immer aussteht.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie viele Kinder wurden im heurigen Jahr von der schulischen Tagesbetreuung in der niedrigsten Beitragsgruppe abgemeldet?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, ich komme gleich zur Beantwortung, möchte aber auch noch einmal den Seniorenbund Gösting willkommen heißen, allen voran Brigitta Stockmaier, vielleicht noch einmal einen Applaus, danke (*Appl.*).

Und auch unseren Finanzdirektor außer Dienst, Karl Kamper und den Holdingchef Wolfgang Malik. Frau Gemeinderätin, danke für die Frage, sie gibt mir die Möglichkeit, ein bisschen über die GTS zu reden. Wir haben ja, Gott sei Dank, in Graz eine flächendeckende Bespielung mit der Tagesbetreuung. Wir haben 35 von 38 Volksschulen und 13 von 17 Mittelschulen, wo wir eben die so wichtige Tagesbetreuung anbieten. Wir begleiten 5.430 Kinder und das ist alles nicht leicht, gerade jetzt in Zeiten von Grippe und Covid und noch einigen Viren, die herumschwirren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben jetzt mit sehr vielen Ausfällen zu kämpfen. Und von dieser Gemeinderatssitzung aus möchte ich ein großes Dankeschön an das Team der Ganztagesbetreuung schicken. Aber zu Ihrer Frage: Es ist so, dass man sich in der Ganztagesbetreuung nur semesterweise abmelden kann, wenn Sie mich jetzt fragen, wie es heuer aussieht. Die erste Möglichkeit, sich gesetzlich abzumelden, ist erst im Februar. Das heißt, über das heurige Jahr kann ich keine konkreten Zahlen sagen. Ich habe rückgefragt, es gibt auch keine Anzeichen, dass es jetzt außergewöhnliche Anstiege gibt, aber ich kann über das vergangene Jahr eine Auskunft geben; und zwar im ersten Semester, im Schuljahr 2021/2022, haben sich 191 Kinder abgemeldet, davon 77 aus der untersten Beitragsstufe und im zweiten Semester, also im Juli, 365 Kinder, davon 148 Kinder aus der untersten Beitragsstufe. Ob das jetzt Kinder aus der Ukraine waren, kann ich nicht sagen, weil wir die Staatsbürgerschaft nicht hinterlegt haben. Ich glaube, das ist datenschutzrechtlich derzeit gar nicht möglich. Aber wenn es Ihrerseits hier Auskünfte gibt, wenn Sie konkrete Familien haben, bitte zu mir schicken (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Vielen Dank für diese Antwort. Was aber zu erkennen ist, ist doch, dass mehr von den niedrigsten Tagessätzen, also Kinder, die das benötigen, sich abmelden als andere. Ja, vielleicht eine Zusatzfrage: Wie gehen Sie überhaupt mit diesen Abmeldung um, gerade für die niedrigste Beitragsgruppe sind eigentlich sehr essentielle Unterstützungen anzunehmen, gibt es da irgendwelche Ideen, das sozusagen doch beizubehalten (*Appl.*)?

StR **Hohensinner:**

Ja, da gibt es Ideen, diese Ideen habe ich auch schon mit der Soziallandesrätin gewälzt. Warum? Viele Familien beziehen die soziale Unterstützung und meine Idee war, dass man von der Mindestsicherung, die jetzt Sozialunterstützung heißt, dass man diesen Beitrag für die Essensbeiträge als Sachleistung auch bereitstellt. Das würde auch sicherstellen, dass diese Familien die Kinder den ganzen Tag in die Schule bringen. Das ist für die Integration so sehr wichtig, weil gerade Kinder, die schlecht Deutsch sprechen, in der Schule am besten Deutsch lernen. Und diese Idee habe ich vor einigen Monaten, ja, eigentlich Jahren, der Soziallandesrätin angetragen. Bis jetzt gibt es da noch keine Bereitschaft, das umzusetzen, aber ich werde es beim nächsten Termin noch einmal vorbringen. Außerdem würde ich einfach auch nahelegen, ich habe in den vergangenen fünf Jahren den Fonds "Graz hilft" eingeführt, eh mit großer Mehrheit hier im Gemeinderat beschlossen. Was ich weiß, ist, dass jetzt im Dezember dieser Fonds noch prall gefüllt ist. Das heißt, wenn es Familien gibt, dann würde ich vorschlagen, dass wir diese Familie über diesen Fonds unterstützen (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Herzlichen Dank, hoffentlich hören die das jetzt auch, die Familien, dass dieser Fonds existiert und dass sie sich melden können. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Das Sozialamt, wenn ich mir das erlauben darf, hat erst vor kurzem dafür eine Kampagne sogar gemacht mit dieser Nummer, und das ist eigentlich bekannter denn je, dass man sich beim Sozialamt melden kann.

Als nächster Fragesteller ist der Herr Klubobmann Pascuttini, er stellt die Frage an die Frau Vizebürgermeisterin Schwentner.

**6.7 Frage 7: Maßnahmen Verschublärm
(KO GR Mag. Pascuttini, KFG an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

KO GR Mag. Pascuttini:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin. Ich habe heute in die Fragestunde eine Frage mitgebracht zu einer Thematik, die uns schon seit vielen, vielen Jahren beschäftigt. Es beschäftigt uns schon so lange, dass es mittlerweile auch schon Eingang in die Literatur gefunden hat. Ich habe Ihnen hier etwas mitgebracht, ein weihnachtliches Gedicht eines Göstinger Heimatdichters, von Günther Schwarzbauer, das ich Ihnen kurz vortragen darf: „Und hörst du a Quietschen, aufrecht im Bett, sogt die Bundesbahn freundlich, na, wir san des net, doch schneits am Plabutsch und ist der Thalersee gefroren, dann san des noch immer schöne Weihnachten gworden.“ Und ja, ich bin guter Dinge, dass es auch heuer in Gösting schöne Weihnachten geben wird, das Quietschen stört aber trotzdem. Und wir reden da wirklich von einem Problem, das sich in den letzten drei Jahren nicht gebessert hat. Es ist einfach noch immer bestehend. Jetzt hat man in den letzten Wochen und Monaten durchaus die Hoffnung gehabt, dass es ein Projekt gibt, einen Plan gibt, man hat auch aus diversen Kanälen gehört oder gesagt bekommen, dass es bei der heutigen Gemeinderatssitzung ein Stück geben wird, das diese Problematik behandelt. Leider findet sich dieses Stück jetzt nicht auf der Tagesordnung. Und aufgrund der aktuellen

budgetären Situation haben natürlich viele die Befürchtung, dass gerade dieses notwendige, wichtige Projekt dem Sparkurs zum Opfer gefallen ist. Deswegen meine

Frage

an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin: In welchem Ausmaß sind die dringend notwendigen Lärmschutzmaßnahmen rund um den Verschubbahnhof Gösting den Sparmaßnahmen der Grazer Stadtregierung zum Opfer gefallen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Der Verschublärm im Grazer Norden ist nach wie vor unerträglich. Zehntausende Menschen in den Bezirken Gösting, Andritz, Lend und in weiteren Teilen von Graz leiden seit Jahren unter diesem Lärmterror. In den Medien wurde mehrmals über diese katastrophale Lage Bericht erstattet.

Laut Messungen des Umweltamtes wurde bei Messungen punktuell ein Lärmpegel von 98 Dezibel in den angrenzenden Wohngebieten erreicht. Dies entspricht dem Lärm einer Kreissäge oder wenn man sich einen Meter von einem lauten Lautsprecher entfernt aufhält. Ohne Zweifel handelt es sich dabei um einen unerträglichen und auf Dauer gesundheitsschädlichen Lärm.

Von der Grazer Stadtkoalition wurden Lärmschutzmaßnahmen angekündigt, die demnächst in die Umsetzung kommen sollten. Doch während im Gemeinderat in den letzten Monaten laufend und trotz angespannter Budgetsituation, unzählige Euros für Radwege, Nachbarschaftsprojekte und „Klimaschutzmaßnahmen“ ausgegeben wurden, fanden sich die dringend notwendigen Lärmschutzmaßnahmen nicht auf den Tagesordnungen vergangener Gemeinderatssitzungen wieder.

Auch auf der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 15.12.2022 suchen betroffene Anrainer vergeblich diesen Punkt. Das Jahr 2022 verstreicht somit ohne dass auch nur eine einzige Maßnahme von Seiten der Stadtregierung zum Schutz der Bevölkerung vor dem Lärmterror gesetzt wurde. Kurzum: die Grazer im Norden müssen weiter leiden.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

In welchem Ausmaß sind die dringend notwendigen Lärmschutzmaßnahmen rund um den Verschubbahnhof Gösting den Sparmaßnahmen der Grazer Stadtregierung zum Opfer gefallen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Herr Gemeinderat, wir haben schon öfter darüber geredet. Ich teile Ihren Befund, dass das eine sehr, sehr ärgerliche Geschichte ist. Es ist ein Trauerspiel, das wirklich schon lange dauert. Ich möchte aber auch betonen, dass die Stadt Graz und allen voran das Umweltamt in dem Bereich alles getan hat, was es tun kann, bis zu dem, natürlich zu finanzieren oder dazuzuzahlen bei etwaigen Maßnahmen, also von den Lärmerhebungen bis zu Überlegungen, was man in welcher Form auch tun kann. Aber es liegt eben leider in der Hand der ÖBB. Ich teile einfach die Anliegen, die Genervtheit, die Störung und all das, was Anrainer:innen, und nicht nur Anrainer:innen, sondern ganz viele Menschen in weiterer Entfernung leben, da miterleben und teilweise nicht schlafen können und so weit, also es ist wirklich unangenehm. Aktuell laufen die Vorbereitungen für das Gemeinderatsstück für die Durchführung der Lärmschutzmaßnahmen zwischen Stadt, Land und ÖBB. Es war so, dass der Vertragsentwurf Ende Oktober da war und der Stadt und dem Land

übermittelt wurde. Es war dann, dem Umweltamt hat eine genaue Kostenaufteilung gefehlt und eine jährliche Übersicht, also wie wir uns anteilmäßig beteiligen müssen oder sollen. Das ist dann Anfang November nachgereicht worden, und jetzt haben wir das Ganze, zum einen sozusagen erfolgen jetzt die Überprüfungen durch das Präsidialamt, also das Zivilrechtsreferat, aber auch nämlich wegen der Unterlassungsklage der Anrainer:innen, die ja auch parallel läuft, und zum anderen liegt der Entwurf der Finanzdirektion vor, also dem neuen Finanzdirektor, der sich das anschauen muss. Nicht nur die budgetäre Situation, das ist jetzt gar nicht der Grund, sondern in Bezug auf das Statut, inwieweit man das so regeln kann, dass die Stadt auch dazuzahlen kann, weil derzeit ist es so, dass das Statut vorsieht, dass hier nur Gebietskörperschaften zuzahlen können, aber nicht die ÖBB, weil das keine Gebietskörperschaft ist. Also das muss jetzt einmal rechtlich geklärt werden, wie wir uns daran beteiligen können. Wir sind dafür, dass wir uns beteiligen. Wir unterstützen jegliche Maßnahmen. Ich möchte einmal in Erinnerung rufen, worum es da geht in dem Vertrag. Es geht um drei neue Lärmschutzwände, es geht um die Erhöhung einer Bestandlärmschutzwand, also einer, die schon besteht und es geht darum, dass bei einzelnen Objekten, nämlich bei Wohnbauten, die Fenster, Lärmschutzfenster und Türen eingebaut werden in unmittelbarer Nachbarschaft. Ja, und dann natürlich, wir beschließen ein neues Budget im März, die Verhandlungen sind, und es wird sicher ganz oben priorisiert sein, weil wir Ihr Ansinnen teilen, dass das eine wichtige Maßnahme ist (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Ja, vielen Dank für diese Antwort. Das lässt einen ja wirklich hoffen. Jetzt ist nur die Nachfrage, eine kleine Präzisierung: Von welchem Volumen, von welcher Summe reden wir da, in welchem Ausmaß sind diese Maßnahmen geplant? Ist das schon abschätzbar (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Es war ja ausgemacht, also zwischen Bund, Land und Stadt, 50, 25, 25 % und es beläuft sich bei ungefähr 400.000 Euro. Der Anteil der Stadt insgesamt genau 487.000 Euro sind die zu erwartenden Kosten für die Stadt Graz, wenn es 25 % sind mit sozusagen einer zugerechneten möglichen Kostenüberschreitung von maximal 10 % (*Appl.*).

**6.8 Frage 8: Medienkooperationen
(GRⁱⁿ Katzensteiner, BA, KPÖ an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ **Katzensteiner:**

Geschätzter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geehrte Zuseher:innen, lieber Stadtrat Hohensinner, ich habe folgende

Frage:

Können Sie dem Gemeinderat eine Übersicht über die entgeltlichen Medienkooperationen im Jahr 2022 der Ämter und Abteilungen, für die Sie ressortzuständig sind, geben, aufgeschlüsselt nach Amt, Medium und Kosten (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Namens des KPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie folgende

Frage:

Können Sie dem Gemeinderat eine Übersicht über die entgeltlichen Medienkooperationen im Jahr 2022 der Ämter und Abteilungen, für die Sie ressortzuständig sind, geben – aufgeschlüsselt nach Amt, Medium und Kosten?

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, das mache ich natürlich gerne, weil ich so auch sehr transparent und nachvollziehbar Ihnen auch mitteilen kann, für welche Kooperationen wir wie viel Geld ausgegeben haben. Ein bisschen verwundert bin ich, weil diese Kooperationen ja über die Kommunikationsabteilung laufen, und für diese Kommunikationsabteilung ist die Bürgermeisterin zuständig. Ich glaube, sie ist die Vorsitzende auch Ihrer Partei, also Sie hätten auch direkt den Weg zu Ihrer Parteivorsitzenden suchen können. Aber ich mach es natürlich gerne. Und zwar alle Kooperationen gesamt im abgelaufenen Jahr. Die Gesamtsumme beträgt 34.225 Euro. Also sehr überschaubar und das darf ich ganz schnell aufgliedern: Bildung und Integration, Tag der Lehrberufe, ein ganz wichtiges Anliegen, Kollege Krotzer war auch bei der Veranstaltung mit dabei am Hauptplatz, dafür haben wir 6.635 Euro ausgegeben. Die Medien waren Facebook, Influencer, Radio Sound Portal, Ankünder, Kronehit und Antenne. Für die Bildung und Integration eine weitere Förderung, Lehrlingsmagazin im Wert von 2.240 Euro. Das Sozialamt für die Woche der Inklusion, also das war auch ein großes Anliegen des Behindertenbeirats, da haben wir 3.854 Euro ausgegeben. Die Medien waren Facebook, Google und die Kleine Zeitung. Sozialamt, Kooperation Inklusion, das war erst kürzlich im Grazer, 10.000 Euro. Dann Jugend und Familie, die Kooperation mit der Woche für das Familienkompetenzzentrum 7.196 Euro. Dann eine weitere Förderung für das Amt für Jugend und Familie, auch für das Familienkompetenzzentrum 3.373 Euro, Radio Sound Portal, und das Sportamt hat ja immer einen riesengroßen Output, war aber, was die Werbung betrifft, sehr bescheiden: 928 Euro. Die Medien waren hier Facebook und Sound Portal. Ich hoffe, dass ich Ihre Frage hier voll und ganz beantworten konnte (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (13.22 Uhr).

**6.9 Frage 9: Thermische Sanierung der Gemeindewohnungen Faunastraße 53, 55 und 57
(GR Huber, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und auch ich darf meine Bezirkspartei recht herzlich bei uns begrüßen, schön, dass ihr da seid. Meine Frage behandelt ein Thema, das ich schon im Oktober in einem dringlichen Antrag eingebracht habe, nämlich die thermischen Sanierungen und die Gemeindebauwohnungen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, welche negativen Auswirkungen eine nicht durchgeführte thermische Sanierung auf die Bevölkerung haben kann. Damals hat die Koalition meinen Antrag leider abgelehnt mit der Begründung, dass eh schon genug getan wird dafür. Jetzt haben wir leider ein Beispiel gefunden, das das widerlegt. Konkret geht es um die Faunastraße 53 bis 57. Da wurde im Frühjahr eine Begehung durchgeführt, wo man festgestellt hat, dass man eine thermische Sanierung durchführen sollte. Daraufhin wurden den Bewohnerinnen und Bewohner Auflagen auferlegt, dass sie keine Gartenmöbel in den Garten stellen sollen, weil halt ein Gerüst aufgestellt werden müsse, und Ähnliches. Leider ist diese thermische Sanierung aber nicht durchgeführt worden und die negativen Konsequenzen für die Bevölkerung sind die, dass die Heizkosten innerhalb weniger Monate von 89 Euro pro Monat auf sage und schreibe 185 Euro pro Monat gestiegen sind. Und jetzt ist mir schon klar, dass die thermische Sanierung das nicht alleine verursacht hat, also die nicht durchgeführte; aber eine thermische Sanierung kann zumindest dazu beitragen, dass sich die Heizkosten in einem Rahmen halten, die auch die Bevölkerung stemmen kann. Und deswegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, stelle ich im Namen meines Gemeinderatsclubs an Sie folgende

Frage:

Warum wurden die Maßnahmen der Faunastraße 53 bis 57 nicht, wie angekündigt, durchgeführt und wann können und die Bewohnerinnen und Bewohner damit

rechnen, dass die dringend notwendige thermische Sanierung durchgeführt wird
(Appl.)?

Originaltext der Frage:

Aus gegebenem Anlass stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgende

Frage:

Warum wurden die dringend notwendigen thermischen Sanierungsmaßnahmen der Gemeindewohnungen in der Faunastraße 53, 55 und 57 nicht, wie angekündigt, im heurigen Jahr durchgeführt?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat Huber, danke für Ihre Frage und vor allem für Ihr Interesse an unseren Gemeindemieterinnen und Gemeindemieter. Weil das war ja jahrzehntelang nicht immer so hier in diesem Hause und dass wir überhaupt diesen Zustand haben, wie er jetzt ist bei unseren Gemeindewohnungen, und es hat sehr viel mit Engagement anderer oft zu tun. Es ist ganz kurz und knapp zu sagen, im Programm sind diese drei Wohnhäuser für 2022/2023 drinnen gewesen. Ein Teil des Programms ist unter thermischen Sanierungen in diesem Jahr abgewickelt worden. Diese drei Vorhaben haben wir jetzt kurzfristig auf Eis gelegt bis März, wenn das Nachtragsbudget und das Fixbudget für das Wohnungsamt da sind, weil alle Investitionen, wie Sie wissen, wir noch einmal uns alle anschauen und dann werden wir sehen, in welchem Umfang wir nächstes Jahr alle weiteren Sanierungen, nicht nur thermische, sondern auch umfassende Sanierungen, Brauchbarmachungen, Neubauten, Grundstücksankäufe und vieles mehr für unsere Gemeindemieter stemmen werden
(Appl.).

GR Huber:

Sehr geehrte Bürgermeisterin, danke für die Beantwortung. Nur eine kurze Frage noch: Also können Sie garantieren beziehungsweise den Mieterinnen und Mieter der Gemeindewohnungen versprechen, dass Sie sich einsetzen werden, dass das Budget, trotz der knappen finanziellen Lage der Stadt Graz, für die Brauchbarmachungen und thermischen Sanierungen nicht umgehend gekürzt wird (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Zum Unterschied von vielen tausenden Bewohnern unserer Stadt, die nicht in Gemeindewohnhäusern wohnen, können wir unseren Mietern garantieren, dass sie nicht mehr als ein Drittel von ihrem Einkommen, inklusive Heizung, für ihre Wohnung bezahlen. Und das ist etwas, das Sie sonst in ganz Österreich nicht vorfinden werden (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (13.27 Uhr).

Ende Fragestunde: 13.27 Uhr